

die
Eingel
Miss
eller.
und
Brug II,
Savilicovo nám. 32.
Telephon 6783,
nachts 6787.
Telegraphen-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag.
Bollschennu 57344.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Inserate werden auf Lohn
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreissachlag.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbringung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 19. Oktober 1922.

Nr. 246.

Selbstbestimmung der italienischen Regierung?

Rom, Mitte Oktober 1922.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, das die Faschisten nachgerade den Bogen zu straff gespannt haben. Ihrer alten Taktik der Erpressung getreu, hatten sie durch ihren Generalsekretär Michele Bianchi der Regierung das Ultimatum stellen lassen: „Entweder werden im Dezember Annwahlen abgehalten, oder die Faschisten besetzen Rom und nehmen Besitz von der Regierung“. Die Antwort des Ministerpräsidenten ist gestern erfolgt und lautete ablehnend. Nun geht es den Faschisten wie all denen, die drohen in der Zukunft, die Drohung nicht einlösen zu müssen: sie müssen handeln, bei Strafe der Lächerlichkeit. Und auch die Regierung befindet sich in einer von ihr selbst teilweise geschaffenen Zwangslage; sie kann sich nicht durch den Faschistenzug auf Rom überraschen lassen. Er ist ihr im voraus angezeigt worden und sie muß sich auf ihn vorbereiten. Die Ablehnung des Ultimatum der Faschisten ist erfolgt nach einer langen Rücksprache des Ministerpräsidenten mit leitenden militärischen Persönlichkeiten, die also offenbar der Regierung die Versicherung gegeben haben, daß sie auf das Heer zählen kann.

Während sich so die Situation ganz gegen die Erwartungen der faschistischen Partei, die fest auf Nachgeben der Regierung rechnete, ganz plötzlich geändert, gefallt sich die Faschisten in der üblichen Kriegs- und Zeremonienpielerei. Sie haben jetzt Uniformen mit Rangabzeichen, haben eine „Secretorganisation“, deren Bezeichnungen sie dem alten Rom entnommen haben, so daß sie Legionen, Centurien und solche schönen Gymnasialerinnerungen aufweisen; außerdem verleihen sie Orden, für die auch die „Verleihung auf dem Felde“ vorgesehen ist, worunter die Faschisten offenbar ihr „Schlachtfeld“ verstehen, also die Privatwohnungen, in die sie einbringen, die Arbeiterkammern, die sie anzünden und ähnliche „Felder der Ehre“. Sie fahren weiter fort, aus Städten und Provinzen zu „verbannen“, so unlangst aus der gesamten Romagna. Die nächste Etappe muß Rom und die Befehle der Ministerien sein.

Die Haltung der Regierung, die so stark mit der bisherigen Schlichtheit und Nachgiebigkeit kontrastiert, ist offenbar zum nicht geringen Teil durch das großwahnsinnige Verhalten der faschistischen Parteileitung in Sachen der äußeren Politik ausgelöst worden. Vor ein paar Monaten hat sie in absolut lächerlicher Weise der englischen Regierung eine Art Ultimatum gestellt, weil ein Dampfer mit faschistischer Besatzung in einem englischen Hafen nicht gleich gelöst worden war. Der englische Löwe drehte sich nach dem flaffen Hund nicht um, und die Sache hatte keine Folgen. Dann kam der Faschistenfall in Polen, bei dem die Regierung eine ständige Rolle spielte, und die Drohung einer Strafexpedition nach Innsbruck; es folgte die Aufforderung Mussolinis, der Deutsch-österreichischen Republik die Zahlung der zweiten Rate der bewilligten Kredite zu verweigern, die Drohung eines Vorgehens gegen den italienischen Kanton der Schweiz und die heutigen Schritte gegen Jugoslawien. In der Schweiz erfolgte eine Zurückweisung, die an Deutschland nichts zu wünschen übrig ließ und die offiziellen Kreisen als handgreiflicher Beweis dienen mußte, daß es nicht geht, die Außenpolitik einer Großmacht vom Feldlager seines Miniatur-Bürgerkrieges vorsehreiben zu lassen. Es ist gewiß sehr schön, wenn die Faschisten sich als Legionäre Roms und also als Herren der Welt fühlen, aber solange das Gefühl einseitig ist, kann Italien unmöglich seine Außenpolitik auf den systematischen Krakeel mit den andern Staaten einstellen.

Was also die Gewalttaten und der Nimmersatz im Lande selbst nicht vermochten, die Geduld der Regierung zu erschöpfen, haben die Großmäuligkeiten in der auswärtigen Politik fertig gebracht. Man fängt an, gegen die Faschisten an andere Saiten aufzuziehen. Die Parlamentswahlen im Dezember, die sich die Faschisten als eine Bartholomäusnacht gedacht hatten, werden nicht stattfinden.

Abgesehen von der technischen Unmöglichkeit, bis zum Dezember die Kammer aufzulösen und die Wahlen anzusetzen und vorzubereiten, fiel gegen die faschistische Forderung auch die Tatsache ins Gewicht, daß der Auflösung der Kammer eine Umgestaltung des Wahlrechts vorausgehen muß, da mit dem heutigen System des Proporz keine Mehrheit zu erzielen ist, sondern nur das heutige Mosaik, mit dem sich nicht regieren läßt. Daher haben sogar ausgesprochene Faschistenblätter, wie das „Giornale d'Italia“, die Parteileitung der Faschisten ermahnt, doch wenigstens die Umgestaltung des Wahlrechts zu erlauben, wozu aber die

Die Wirtschaftskrise und die Regierung.

Im Auftrage des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielten gestern die Genossen Dr. Czoch, Cermak, Hausmann, Dr. Heller und Kaufmann mit dem Ministerpräsidenten Czecha eine längere Besprechung über die Wirtschaftskrise ab. Genosse Dr. Czoch erklärte, daß die verspätete Einberufung der Nationalversammlung eine weitere Verschärfung der Krise in den letzten Wochen gebracht hat, weil die Regierung es unterlassen hat, sowohl auf dem Wege der Gesetzgebung, als auch administrativ einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise durchzuführen. In dieser Zeit haben die Unternehmer in großem Ausmaße den Lohnabbau betrieben. Darum verlangt die Abordnung von der Regierung schon jetzt Informationen, welche Vorlagen die Regierung dem Abgeordnetenhaus vorlegen wird. — Genosse Hausmann besprach die völlig unzureichende und mangelhafte Arbeitslosenunterstützung, durch die große Arbeiterkategorien und Gebiete von der staatlichen Unterstützung überhaupt ausgeschlossen werden. Ferner verwies er auf die teils schändliche Durchführung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. — Genosse Kaufmann besprach die Folgen, die die Wirtschaftskrise für große wichtige Industriezweige haben kann, die sich schon jetzt durch den vielseitigen dauernden Verlust der Absatzgebiete, durch die Abwanderung von Industrien und hochqualifizierter Arbeiterschaft zeigen. — Genosse Dr. Heller verlangt die durchgreifende Hilfe der Regierung zur Inangriffnahme der Notstandsarbeiten, durch Gewährung staatlicher Kredite, ferner auf die Art, daß den Sparassen die Bewilligung von Krediten durch die Regierung erleichtert wird. Die Auszahlung der von den staatlichen Finanzämtern zurückgehaltenen Gemeindefinanzlagen würde ebenfalls den Selbstverwaltungskörpern die Bauilligkeit erleichtern. — Genosse Cermak legte dar, daß nun, nach den ersten Verhandlungen bei den politischen Bezirksverwaltungen, der Preisabbau wieder ins Stadium gekommen ist. Für Böhmen besteht, zum Unterschied von Mähren und Schlesien, keine Stelle bei der politischen Landesverwaltung, die sich mit dem Preisabbau beschäftigen würde. Der Wirtschaftsbeirat wird ebenfalls nicht einberufen. Die deutschen Arbeiter haben keine Zentralkasse, wo sie ihre Interessen als Konsumenten vertreten können. Genosse Cermak verlangte ferner die gesetzliche Regelung der Krankensicherung während der Arbeitslosigkeit, die Leistung der Krankenkassenbeiträge durch die Unternehmer und die Gewährung von Darlehen durch den Staat an jene Krankenkassen, die infolge der Krise in Geldschwierigkeiten geraten sind.

Ministerpräsident Czecha erklärte, daß er im Parlament über die Wirtschaftskrise sprechen wird. Alle Länder sind von der Wirtschaftskrise heimgesucht. Eine Verbilligung des Brotes ist bereits eingetreten, es wird nun eine Verbilligung der Kohle folgen. Auf eine Anfrage des Genossen Czoch reflektierend, erklärte er, daß an der Sozialversicherungsvorlage gearbeitet werde. Sie dürfe im Laufe dieses Sessionsabschnittes von der Nationalversammlung erledigt werden.

Die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten ist überaus karg. Es scheint, daß die Regierung sich noch sehr wenig mit der Milderung der Wirtschaftskrise beschäftigt hat. Es wird nun abzuwarten sein, ob der Herr Ministerpräsident dem Parlament die Antwort geben wird, die er unserer Abordnung schuldig geblieben ist. Die Regierung und die Mehrheitsparteien werden schon erfahren, daß sich die Arbeiterschaft ein freies politisches Spiel mit ihren schweren Sorgen und mit ihrer drückenden Not unter keinen Umständen gefallen lassen wird.

Antwort kam, daß es den Faschisten gleich wäre, ob die Wahlen mit diesem oder jenem Wahlrecht stattfinden, und ob man durch königliches Dekret ein neues Wahlrecht diktieren wolle: die Faschisten beständen unter allen Umständen auf den Wahlen im Dezember.

Die Faschisten haben Eile, weil sie fühlen, daß es mit ihrem Prestige übel bergab geht; besonders in Rom, wo der Sinn für Lächerlichkeit bei den Massen sehr stark entwickelt ist. Sie fürchten, wenn sie erst anfangen, die Eier ihrer Versprechungen auszubringen und alle die kleinen Mißgebühren zutage kommen — ihre Finanzreform, ihre Lösung der Wohnungsfrage — daß die Wahlen dann weniger günstig ausfallen werden.

Aber die Regierung hat keine Eile. Wir geben zu, daß Italien an der heutigen Kammer wirklich nichts verlieren würde, aber gerade das, was den Faschisten als Hauptweck erscheint, nämlich die Wahlparole als solche, erfüllt die Regierung mit Recht mit Besorgnis, teils wegen der großen Kosten, teils wegen des Rückschlages der unvermeidlichen Turbulenzen an den italienischen Wechsel.

Der Wechsel steht ohnehin schlecht genug. Das Defizit des Staates steigt, weil die Durchführung eines sparsamen Regimes zum Teil auch an der unsicheren Stellung der verschiedenen Ministerien scheitert. Außerdem hat der italienische Staat eine Schuld von etwa 20 Milliarden Goldfranken bei den Vereinigten Staaten und England, für die er keine Zinsen bezahlt, für die man aber in Washington dabei bleibt, die Rückzahlung zu verlangen, wie für alle Schulden der Allierten; einem Artikel des Genossen „Lavoro“ zufolge würde die Einforderung dieser Schuld die italienische lira auf dieselben Bahnen treiben, wie die deutsche Mark und die österreichische Krone. Dazu kommt die ungünstige Getreideernte dieses Jahres, die gewaltige Getreidekäufe im Ausland bedingt; ihr wird die Regierung durch die Wiedereröffnung des „Kriegsbrottes“ zu begegnen suchen, durch Verbot des Verkaufs weichen, freien Brotes. Wie soll eine Regierung, die sich so ernstlichen finanziellen Sorgen gegenüber sieht,

die einerseits durch den schlechten Stand der Valuta bedingt sind und ihn andererseits beständig verschlechtern, ohne absolute Zwangslage zu den Wahlen schreiten, die die Ausgaben bedeutend erhöhen und den Wechsel drücken müssen?

Der faschistenfreundliche „Corriere della Sera“ rät zu einer Krise bei geschlossener Kammer und zum Eintritt von Faschisten in das Kabinett. Das wäre zweifellos ein gutes Mittel, damit sich die Faschisten etwas die Hörner ablesen. Zu einem Kabinett mit faschistischem Einschlag scheint uns aber der biedere Facta nicht der geeignete Mann. Da müßte schon der Achtzigjährige Giolitti heran.

Andererseits sehen die Merkmalen die Sache an, sie heute, nach der Spaltung der sozialistischen Partei, die stärkste Fraktion der Kammer bilden. Sie erklären durch ihr römischer Organ, den „Corriere d'Italia“, daß die Regierung sich nicht durch eine Krise bei geschlossener Kammer der Verantwortung entziehen dürfe, sondern ein Votum abwarten müsse; die Merkmalen fordern, daß die Regierung die Verfassung verteidigen solle und bezeichnen es als Hochverrat, wenn sie bewaffnete Fraktionen ohne Abwehr vorrücken ließe; um Schutz fordern sie die sofortige Diskussion der Finanzlage des Landes.

Es haben sich also in der letzten Woche die Regierung und die Hauptpartei ihrer Mehrheit, die Merkmalen, zu einer Abwehrhaltung gegenüber dem Faschismus aufgerafft. Gleichzeitig erfolgte die offizielle Schweizer Zurückweisung der faschistischen Großmäuligkeit. Und die erste Novemberwoche zieht herauf, die die Faschisten als den Zeitpunkt der Befehung Roms ins Auge gefaßt haben. Am 24. d. M. findet in Neapel der Faschistenkongress statt, zu dem die faschistische Kavallerie aufgeboten ist. Die Regierung hat 30.000 Mann Truppen und Polizei nach Neapel berufen. In seinem Organ, dem „Popolo d'Italia“, bedroht Mussolini den General Badoglio, der den Minister des Innern versichert hat, er könne gegen die Faschisten auf das Heer zählen. Gleichzeitig wird der frühere Arbeitsminister Sabriola „verbannt“. Sollte da nicht der Bogen zu straff gespannt sein?

Inland.

Dr. Baeran und sein Blatt.

Die feinste Blüte der deutschnationalen Publizistik, das „Brüner Montagsblatt“, bringt einen längeren Artikel, in welchem Dr. Baeran zur Spionageaffäre Stellung nimmt. Schon die Tatsache, daß er es hier tut, ist interessant. Denn so oft festgestellt wird, daß der erbärmlichste Presstücker der Patentkruzerischen Journaille nicht zimmerlein ist, wird das „Montagsblatt“ von Baeran verteidigt. Wenn es dann wieder zu irgendeiner Niedertracht gebraucht wird, steht es zur Verfügung. Eine würdige Ergänzung dieser Verbindung zwischen Baeran und der Presse ist es, daß er in der letzten Zeit einen recht ausgiebigen Gebrauch von den Spalten des „Tagessboten“ macht, für den er und sein Leibblatt sonst nur die schimpflichsten Bezeichnungen übrig haben. Doch sie passen zusammen, sie sind einander würdig: Die „unabhängige Wochenschrift“ des deutschen Mittelstandes, das Organ der Brüner deutschen Demokraten, und der brave Volksmann Dr. Alois Baeran. In dem genannten Artikel des „Montagsblattes“ läßt Dr. Baeran, daß der „Sozialdemokrat“ ihn denunziert habe, daß er, also Herr Dr. Baeran, gleich dem tschechoslowakischen Staat, für eine ernste Gefahr des tschechoslowakischen Staates ausgegeben habe. Zwar ist das Gegenteil erwiesen wahr. Wir haben, abgesehen von jenen Mitteilungen, die seit dem Ausbruch der Auspähungsaffäre die meisten Zeitungen pflichtgemäß ihren Lesern mitteilten, an eigenem nur soviel hinzugefügt, als notwendig ist, unser nie verschwiegenes Urteil über Herrn Dr. Baeran zu verdeutlichen. Wir haben ihn als einen Klammerhelden vorgeführt, dem kein Mittel zu schlecht ist, um seine in jeder Beziehung armelige Persönlichkeit in den Vordergrund des Interesses zu schieben, allerdings auch als einen Mann, der durch seine Affären, durch die Art seiner politischen Betätigung, dem Ruf des deutschen Volkes einen noch weit größeren Schaden zufügt als der tschechische Chauvinismus. Darüber, ob Herr Dr. Baeran mit der Auspähungsaffäre etwas zu tun hat, wissen wir nichts und haben es auch nicht behauptet. Aber wir müssen es wie immer auch jetzt wieder sagen, daß ohne die widerliche Wichtigkeit Baerans, ohne den fortwährenden Hinweis auf das, was ihm an Geheimnissen über den tschechoslowakischen Staat angeblich sogar von tschechischen Beamten und Offizieren erzählt wird, es psychologisch nicht zu erklären wäre, daß ihn die Tschechen so ernst nehmen, daß sie die von ihm selbst aufgedrängte Vorstellung seiner gefährlichen Feindschaft für diesen Staat zum besonderen Anlaß eines deutschfeindlichen und deutschschädlichen Verhaltens nehmen. Zu den Folgen seiner politischen Tätigkeit gehört es, daß jetzt sein eigener Lohn verhaftet wurde und es geht schon eine ausgewachsene Gemeinheit dazu, von einer deutschsozialdemokratischen Denunziation zu reden. Dieser geschmackwidrige Restamensch, den nur ein für die Deutschen der Tschechoslowakei unglückseliger Zufall in die Politik statt zu Baeran und Balby geführt, erlähnt sich, die Begrüßung des tschechischsozialdemokratischen Jubiläums durch Genossen Niehner als „Discreditierung“ der deutschen Arbeiter zu bezeichnen, weil Genosse Niehner diese Begrüßung in tschechischer Sprache gebracht, wie es Takt und Höflichkeit erforderte. Darüber hält sich ein Dr. Baeran auf, zu dessen „deutschen“ Taten es gehört, daß er einem tschechischen Sozialdemokraten „Material“ gegen deutsche Sozialdemokraten anbot, in dessen „Montagsblatt“ das berühmte Lumpeninfertat zugunsten Serbisch-Ungarns und gegen das deutsche Oesterreich veröffentlicht war, der die deutsche Heldentätigkeit durch Stinbombenwurf betätigte und jedesmal wegzulaufen verstand (an Ausreden fehlt es nicht), wenn die Deutschen Prags seine Ungezogenheiten zu spüren bekamen. Wir haben jede Gelegenheit benützt, um zu zeigen, wie ungerath und dumm es von den Tschechen ist, Herrn Dr. Baeran als Repräsentanten des Deutschthums zu nehmen. Jene Patentkruzerische, für deren Mentalität Baeran das richtige Ideal ist, für deren Robheit und Gemeinheit ein Blatt wie das Brüner „Montagsblatt“ das vollkommenste Sprachrohr ist, mit dem deutschen Volke, ja auch mit dem deutschen Bürgerthum zu identifizieren, verbietet uns die Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit. Das deutsche Bürgerthum ist nur zu feig, einen Dr. Baeran von sich abzuschütteln. Zu feig sind auch Menschen wie Dr. Lodgman, dem es freilich übel bekommen ist, als er sich einmal gegen Baeran aussprach. Er wurde von Baerans Leibblatt so angegriffen, wie es sonst nur Sozialdemokraten zu widerfahren pflegt. Und werden die Lügen, die Herr Dr. Baeran in seinem sauberen Blatte gegen uns

Ebert wird definitiver Reichspräsident.

Einigung der Mehrheitsparteien. — Der Beschluß erliegt noch im Laufe dieser Woche.

spricht, nie abhaken zu sagen, was wir zu sagen haben und wir werden ihm stets auf die Finger klopfen, wenn er mit Fingerfertigkeit seine Affären zu Verleumdungen wider uns mißbrauchen wird. So etelhaft es ist, einem Blatt von der Widerschlichkeit des Brünner „Montagsblatt“ zu erwidern, die Ueberwindung des Ecks ist manchmal doch eine nicht zu umgehende journalistische Notwendigkeit.

Aus der gestrigen Präsidial Sitzung des Abgeordnetenhauses. Das Abgeordnetenhaus wird am Dienstag um 11 Uhr vormittags zusammentreten. Der Tagesordnung vorangestellt ist die Programmserklärung des Ministerpräsidenten, das Exposé des Außenministers und das des Finanzministers. Nach den Erklärungen der drei Minister wird die Verhandlung abgeschlossen werden. Am folgenden Tag findet die Debatte statt. Am Mittwoch und Donnerstag soll die Sitzung von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends und am Freitag von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags dauern. Dann soll die Abstimmung stattfinden. Die Redezeit wird so bemessen, daß jeder Klub sovielmal vier Minuten Redezeit erhält, als er Abgeordnete hat. Die Eröffnung des Abgeordnetenhauses wird durch eine Obmannerkonferenz eingeleitet, die am Dienstag vormittags um halb zehn Uhr stattfindet. Die erste Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Die Befreiung der extraterritorialen Personen von staatlichen und anderen öffentlichen Steuern und Abgaben, 2. die Aufhebung der bisher geltenden Gesetze über die Militärstrafen, 3. Neuwahl des ständigen Ausschusses, 4. Neuwahl der Ersparungskommission und 5. Ergänzungswahl in den Wahlgerichtshof.

Aus dem Senat. Das Senatspräsidium verhandelte vorgestern über die Vorbereitungen zur Senatsession. Die erste Sitzung wurde für Dienstag, den 24. d. auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt. In dieser Sitzung wird Ministerpräsident Seeha die Regierungserklärung, Dr. Denke sein Exposé über die auswärtige Situation und Dr. Rasch in das Finanzexposé vorlegen. Darauf soll die Sitzung geschlossen und die Debatte in der nächsten Sitzung eröffnet werden. Die eigentliche Arbeit des Senates wird erst am 7. November beginnen.

Zur Wälderstaatlichung. Die politischen Bezirksbehörden verlangen, jedenfalls über Auftrag der Oberbehörden, von den Gemeinden die Verlautbarung einer Rundmachung, welche darauf abzielt, die durch die Nachrichten über die geplante Wälderstaatlichung erregte Bevölkerung zu beschwichtigen. Diese Rundmachung soll den Anschein erwecken, als ob die Regierung gar nicht an eine Ausdehnung der Verstaatlichungsaktion denke. Unter Anführung der bisherigen Gesetze wird versichert, daß die kleinen Bauernwälder und die Gemeindegewälder von der Beschlagsnahme ausgenommen sind. Dagegen schweigt die Rundmachung von dem in Vorbereitung stehenden Wälderstaatlichungsgeheiß überhaupt. Sie wird daher ihren Zweck, zu beschwichtigen, nicht nur nicht erreichen, sondern die Aufregung nur noch steigern. Für die Gemeinden besteht keine gesetzliche Verpflichtung, diese Rundmachung zu verlautbaren.

Zum Sprachgebrauch der staatlichen Polizeiamter. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hat an das Ministerium des Innern folgendes Schreiben gerichtet: „Kaum, daß die Polizei in Reichsberg verstaatlicht worden ist, langen bei den deutschen Städten bereits rein tschechisch verfaßte Nachforschungsschreiben der Reichsberger Polizeibehörde über die in Reichsberg verübten Einbrüche ein. Auch die Gendarmerie versendet meist nur tschechische Nachforschungsschreiben. Es ist nun klar, daß solche Invidialierungen nur dann ihren Zweck erreichen können, wenn sie allen Sicherheitsorganen verständlich sind. Es müßten daher die

Berlin, 18. Oktober (Eigenbericht). Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig einen Vorschlag des Zentrumsführers Raab zugestimmt, wonach der gegenwärtig amtierende Reichspräsident durch formale Verfassungsänderung zum definitiven Reichspräsidenten mit Ablauf der Amtszeit am 30. Juni 1925 erklärt werden soll. Die verfassungsmäßige Amtsdauer von 7 Jahren wird nach diesem Vorschlag um ein halbes Jahr verkürzt. Dies wird aber damit begründet, daß in Zukunft alle 7 Jahre zu wählen sein wird, da es besser ist, die Wahl in die Sommermonate, als in die Wintermonate zu verlegen. Der Juni ist demnach alle 7 Jahre der Monat des Wahllampfes um den Reichspräsidenten. Entscheidend konnte es für die Fraktion nicht sein, ob die Amtsdauer des Präsidenten Ebert um ein paar Monate abgekürzt werden wird. Entscheidend war das Prinzip, daß Ebert als der erste ordentliche Reichspräsident der deutschen Republik durch eine überwältigende Mehrheit des Reichstages anerkannt werden muß.

tschechischen Nachforschungsschreiben in jeder Gemeinde vorerst übersetzt werden, ehe sie den Polizeiamtstellen vermittelt werden können. Dies ist aber technisch ganz unmöglich, was zur Folge haben muß, daß die Invidialierungen nicht zur Kenntnis der einzelnen Sicherheitsorgane kommen und damit ihren Zweck gänzlich verfehlen. Ganz besonders auf diesem Gebiet ist es notwendig, daß der Sprachgebrauch rein als Mittel zum Zweck dienen und sich dem praktischen Bedürfnisse anpassen hat. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper beantragt daher, das Ministerium des Innern möge die im deutschen Siedlungsgebiete gelegenen Staatsämter anweisen, mit den deutschen Gemeininden auch deutsch zu verkehren.“

Die Vorlage über die Sozialversicherung soll nach einer Meldung der gestrigen „Abendtribuna“ schon beinahe fertiggestellt sein, aber infolge unvorhergesehener technischer Hindernisse wird sie den beiden Häusern erst im Jänner 1923 zur Verhandlung vorgelegt werden.

Der wilde Bode zum frommen Schäflein geworden. Bekanntlich hat sich der Abgeordnete Brabec, bisher Mitglied der slowakischen Volkspartei, in Gegenstand zur Hlinkagruppe gestellt, und sich zum Führer einer oppositionellen Gruppe innerhalb der slowakischen Volkspartei emporgeschoben. Nun meldet die „Tribuna“, daß Brabec Hospitant des Klubs der tschechischen liberalen Abgeordneten werde — und Vater Gramel wird sich freuen, daß einer seiner wilden Bode wieder zum frommen Schäflein wird.

Sitzung des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokraten. Gestern fand im Abgeordnetenhause eine Sitzung des Klubs unserer Abgeordneten und Senatoren statt, in welcher zu verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen und das Arbeitsprogramm für die erste Zeit der Parlamentslagung beraten wurde. Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende, Abgeordneter Genosse Cermak, aus Anlaß des Todesjahres Josef Seligers dem verstorbenen Führer eine warme Gedächtnisrede, die von den Anwesenden stehend angehört wurde. Der Redner gedachte des Wertes und der Arbeit unseres unvergesslichen Seligers, der uns stets als ein Vorbild sozialistischer und proletarischer Tugend voranschwebt wird. Den Weg, den Seliger uns gezeigt, werden wir weiterschreiten bis zum endlichen Sieg.

Da diese Anerkennung in Aussicht gestellt wurde, hatte die sozialdemokratische Fraktion keinen Grund mehr, auf der sofortigen Durchführung der Wahl zu bestehen.

Die Deutsche Volkspartei hat sich dem Vorschlag auf Am-Überlängerung des Reichspräsidenten angeschlossen, sobald in der später abgehaltenen Sitzung der Parteiführer ohnehinwider eine Nebervereinbarung erzielt werden konnte, den verfassungsbändernden Gesetzentwurf nach Möglichkeit noch in dieser Woche zu verabschieden. Auch die bayerische Volkspartei stimmte der Anregung zu. Durch dieses vereinbarte Vertrauensvotum, das dem Reichspräsidenten Ebert durch eine große Mehrheit des Reichstages ausgesprochen worden ist, kann sich die deutschnationale Fraktion den Aufwand für Herrn Hindenburg ersparen. Die Kommunisten haben bereits Clara Zetkin, und die Splitter der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten ihren Vorsitzenden Ledebour als Gegenkandidaten genannt. Beides ist nunmehr überflüssig geworden.

Telegramme.

Ankündigung des englischen Parlaments.

Paris, 17. Oktober. (Favas.) Aus London wird gemeldet: Lloyd George hat beschlossen, nicht zurückzutreten, sondern das Parlament anzulösen. Er wird diesen Beschluß am Samstag veröffentlichen.

Eine Konferenz über den Nahen Osten.

Paris, 16. Oktober. (Favas.) Die französische Regierung hat den Vorschlag Englands auf Zusammentritt einer Konferenz technischer Sachverständiger für den 20. d. M., welche die wirtschaftlichen und finanziellen Vertragsbestimmungen mit der Türkei vorbereiten soll, prinzipiell in günstigem Sinne beantwortet. Französischerseits wird aber darauf verwiesen, daß London im Hinblick auf die jüngsten antitürkischen Kundgebungen als Ort für die Zusammenkunft ungeeignet sei. Die französische Regierung schlägt vor, die Konferenz in Paris abzuhalten. Auch die italienische Regierung hat den englischen Vorschlag einer Sachverständigenkonferenz genehmigt.

Der erste Schritt zu Oesterreichs Verlehnung.

Wien, 18. Oktober. (R. S.) Die Delegierten des Völkerverbundes, Avenol (Paris), Janßen (Brüssel), Ferrais (Rom), Rimeyer (London), Sir Henry Stralosa (Südafrika), Dr. Bospisil (Prag) und Sarafi (Wafel) sind gestern in Wien eingetroffen. — Der Sonderausschuß der Nationalversammlung hielt gestern seine erste meritorische Sitzung ab. Die Regierung wird nach der Erklärung Seipels je nach dem Verlaufe der Verhandlungen Gelegenheit nehmen, dem Ausschusse zu berichten und sich mit den Parteien ins Einvernehmen zu setzen. Abgeordneter Seig beantragte, die Parteien von den Verhandlungen unterrichtet, bis die Regierung dem Ausschusse das Finanzprogramm vorgelegt haben wird. Der Antrag wurde abgelehnt, worauf der Ausschuß in die Generaldebatte über die drei Protokolle eintrat. Leutner (Sozialdemokrat) wandte sich gegen die Haltung der Großdeutschen, welche es zu-

sehen, daß Oesterreich in die Abhängigkeit des deutschfeindlichen Auslandes gerate. Kollmann (christlichsozial) und Clesin (großdeutsch) polemisierten gegen das sozialdemokratische Selbsthilfeprogramm. Sie erklärten, daß ihre Parteien für die Konvention stimmen werden.

Die vereinigte sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Deutschland.

Berlin, 18. Oktober. Die beiden sozialistischen Fraktionen des Reichstages haben sich gestern zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Zu Fraktionsvorsitzenden wurden einstimmig gewählt: Hermann Müller, Wels, Scheidemann, Dittmann, Henke (früher U. S. P. D.). Geschäftsführende Vorsitzende sind Hermann Müller und Dittmann. Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten beschloßen sich gestern mit der Reichspräsidentenwahl. Endgültige Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Auch eine Zusammenkunft der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte führte zu keinem Ergebnis. Für heute vormittags ist eine interfraktionelle Besprechung beim Reichskanzler anberaumt.

Die deutschen Sozialdemokraten für eine Sozialleihe.

Berlin, 18. Oktober. Die Funktionäre der Vereinigten sozialdemokratischen Partei nahmen gestern in einer Versammlung eine nach dem Referat Hilferdings über die Reparations- und Währungsfrage vorgelegte Resolution einstimmig an, in der es heißt: Der unaufhaltbare Währungsverfall bedroht alle auf Markennahme angewiesenen Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger in ihrem Leben. Er zerrütet auch die Wirtschaft. Das führt zur Teuerung und große Arbeitslosigkeit. Durch eine Stützungsaktion für die Mark muß mit Hilfe des Goldschappes der Reichsbank und durch Auflegung einer inneren werbeständigen Sozialleihe die weitere Flucht vor der Mark verhindert werden. Die Funktionärenversammlung erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie alles tut, um diese Forderung durchzusetzen, da sonst die Sozialdemokraten die Verantwortung für die drohenden Gefahren des Winters nicht mehr übernehmen können.

Konferenz der französischen Kommunisten.

Erfolge der Gemäßigten gegen die Radikalen. Paris, 17. Oktober. (Tsch. P. S.) Die Kommunistenkonferenz hat heute eine entscheidende Wendung genommen. Man vermutet, daß die Vertreter der Moskauer Exekutive von den Gemäßigten geschlagen werden. Besonders bemerkt wurde die Rede des einflussreichen Mitgliedes der Parteileitung Kers, der die Verfolgung einer Mittellinie vorschlug. Es handelte sich darum, die Mehrheit der Partei und verdiente Mitglieder gegen die Machinationen der Linken zu schützen. Diese Worte riefen große Bewegung hervor. Die Linke protestierte und verlangte Beweise. Ker verwies auf die sogenannten Reinigungsbestrebungen der Linken die Cachin von der Leitung der Humanite zu entfernen wünsche. Auf einen Zwischenruf Souvarines, „Düge“, enthielt Ker die Verhandlungen mit der Linken über die Verteilung verschiedener Stellen in der Partei. Die Linke habe überall die Majorität und einen Wechsel in der Leitung der Humanite verlangt. Diese Mitteilung verursachte einen Tumult. Die Mehrheit war sichtlich auf Seite Kers. Souvarine betrat die Tribüne, das Pfeifen und Schreien war wieder als der Beifall. Souvarine erklärte, daß die Linke angesichts des Verlaufes der Debatte auf jede Funktion verzichte und auch nicht in der Parteileitung vertreten sein werde. Der Lärm wurde immer lauter, so daß Souvarine seine Rede auf nachmittags verschieben mußte.

Gott im Schutze der Republik.

Von Felix Stössinger (Berlin)

„Da zersch der Hohepriester seine Kleider und sprach: Er hat Gott gelästert. Was dünkt euch? — Sie antworteten: Er ist des Todes schuldig.“

Ev. Matthäi Kap. 26, 68.

Die Justiz der deutschen Republik feiert wieder Triumphe. Einige Tage, nachdem ein Münchner Staatsanwalt gegen einen unserer Genossen fünfzehn Jahre Zuchthaus beantragte, weil er zum Schutze der Republik Orgeschheimnisse „berraten“ hatte, verurteilte der Staatsgerichtshof den Mörder Rathenaus auch nur zu 15 Jahren Zuchthaus. Und ein Berliner Gericht verurteilte einen jungen Schriftsteller Karl Einstein wegen „Gotteslästerung“ zu mehreren Monaten Gefängnis, wandelte aber die Strafe gnadenweise in eine Geldstrafe von zehn-tausend Mark um.

Die Rechtspflege eines Landes ist nicht nur ein Spiegel der Massenverhältnisse, sondern auch des geistigen Fortschritts in einer bestimmten Zeit. Wenn z. B. ein Gericht ein Urteil fällt, von dem die intelligenteren Bewohner des Landes, also nicht seine Richter, achselzuckend sagen: „Bottobuden“ und es abern finden, über den Fall auch nur zu diskutieren, dann darf man wohl sagen, daß der Staat mit einem seiner wichtigsten Instrumente, der Rechtspflege, um eine recht lange Strecke hinter dem Fortschritt des Menschengeistes zurückgeblieben ist.

Der Prozeß gegen Einstein wegen Gotteslästerung war nicht nur der erste Prozeß dieser Art in der Republik, er war auch der dümmste,

der seit langem vor Gericht geführt wurde. Man stelle sich nur diesen haarsträubenden Strumpfsinn vor:

Einige Herren im Talar, so gekleidet, wie man sich auch Henker vorstellt, sitzen über eine kleine literarische Arbeit zu Gericht, von der sie kein Wort verstehen. Sie könnten mit gleichem Recht über Fragen der chinesischen Grammatik entscheiden. Sie lassen sich die Arbeit vorlesen, weil einige Fabrikanten, alte Jungfern und schwach-sichtige Augenverdreher am Inhalt des Werkes „Anfuh“ genommen haben. Bei der Verhandlung stellt sich heraus, daß die verlesenen Stellen das Werk, durch das sie beleidigt sind, gar nicht kennen. Statt nun diese Querulanten die Treppe des Gerichtes hinunterzuwerfen, wird weiter verhandelt, denn es genügt, daß launische Richter der Staatsanwaltschaft mitteilen, sie seien in ihren religiösen Gefühlen „getränkt“. Das Gericht hat nun darüber zu entscheiden, ob eine Kränkung vorliegt. — Was tat es auch, weiß Gott.

Die Gerichtsverhandlung gab zunächst Gelegenheit, die kleine Arbeit von Karl Einstein kennen zu lernen, die bereits seit einigen Jahren im Buchhandel vorliegt. Es ist eine Folge von zwanzig Szenen, „Die schlimme Botschaft“, in welcher der Nazarene als ein edler Mensch dargestellt wird, der unendlich an der Schmach dieses Lebens, an dem Unrecht, der Not, dem unästhetischen, räuberischen Reichtum der Bürger leidet und nicht pathetisch wie ein alter Tragödienheld und auch nicht demütig — rein wie ein Legebrüderchristus den Kreuzestod erleidet, sondern getrieben wird von der Tragik seiner Sendung, von der Dialektik und Ironie des Paulus, ohne durch seinen Kreuzestod mehr erreichen zu können, als daß er Menschen von ihren Sünden errettet, die gar nicht gerettet werden wollen, und

daß er seinen Jüngern den Glauben an sich gibt, den sie ohne seinen Tod nicht gehabt hätten.

Einstein stellt also keinen Jesus vor uns, vor dem sich der lebende, der historische Jesus hätte schämen müssen. Denn Einsteins Jesus ist unendlich christlicher als der Gottessohn, zu dem eine von aller wahrer Religion verlassene Kirche den besten aller Menschen gemacht hat.

Aber nicht deswegen verfolgte das Gericht die Dichtung. Der wahre Anstoß wurde dadurch gegeben, daß Einstein Jesus mit einer bürgerlichen Gesellschaft modernster Art umgibt und in einigen starken und kühnen Szenen zeigt, wie unsere Bourgeoisie, wie unsere Schiebergesellschaft einen neuen Christus empfangen würde. Der Helfer der Armen ist ein Aufwiegler, von dem die Bürger sagen: was kümmert er sich um Sachen, die ihn nichts angehen, während der Staat die Gewalt seiner Rede durch seine Ermordung vernichtet? Ein anderes Mittel hat er nicht. Um die Figur des großen Leidensduldners sind die Typen unserer Gesellschaft gruppiert... Der Geschäftsmacher, der Museumshändler, der Kinooperateur, die Sozialista, die Presse, die Wissenschaft. Wie würde diese gottentartete Horde heute auf einen Jesus reagieren? Das stellt Einstein dar und die Dichtung, die er der Gesellschaft gibt, ist so stark, daß ein preußischer Gerichtshof getroffen von seinem Spruchstillsitzen aufsprang und den Delinquenten samt seinem Verleger Notwohl am Krage nahm.

Der Prozeß dauerte mehrere Tage und in allem Ernst wurde vom Gericht, von den Zeugen, Sachverständigen, Verteidigern die Frage beantwortet, ob Gott in diesem Werk gelästert würde, gelästert dadurch, daß die Gottlosigkeit, die Unfähigkeit, an eine große Mission zu glauben, der bürgerlichen Gesellschaft vorgeworfen wird. Es war fast so schön wie vor fünfshundert Jah-

ren. Man zwang den Angeklagten zwar nicht mit Hilfe der spanischen Stiefel, der Daumenschrauben, der Nürnberger Schaufel, der Kopfpresse und eines kleinen Feuerchens seine Schuld zu gestehen. Auch sah man davon ab, den Angeklagten ganz zu verdämmern, um Gott zu verschömen, nachdem ihn die expressionistische Dichtung aufs höchste erzürnt hatte. Das Gericht nahm auch davon Abstand, dem durch Einstein gelästerten Gott zweihundert Jungfern zu opfern, um ihn wieder zu verschömen. Das Gericht war aufklärer genug, sich mit der Beschlagnahme der Schrift zu begnügen und dem Angeklagten soviel Geld abzunehmen, als man sonst mit Operetten verdient, aber nicht mit ernster Literatur. Nur eins hat das Gericht verümt: den Prozeß hinter geschlossenen Türen zu führen, um Deutschland diese neue Blamage seines richterlichen Votokudentums zu ersparen.

Aber der Prozeß hat auch eines wieder gezeigt. Politische und geistige Borniertheit sind miteinander verbunden. Was wir in der Politik als Reaktion, Mörderverschöderung, Völkervergiftung bekämpfen, wirkt in der Welt des Geistes als präpariertes Mordertum. Und eins haben die beiden Aeuherungen des alt- und neudeutschen Geistes mit einander gemein: ihre grenzenlose Verlogenheit. Genau wie der deutschnationale, der Offizier, der Junker, der Militarist, der Hindenburgdeutsche in der Politik stets so lägt, daß er selbst an seine Lüge glaubt und doch genau weiß, daß er lägt, genau so schamlos verlogen war auch dieser Prozeß: denn lieber will ich doch das Gericht für verlogen halten als für so dümm, daß es nicht begriff, daß Einsteins Dichtung ein Werk der Berehrung und nicht der Berunglückung des evangelischen Geistes ist.

Kommunikation in Ungarn.

Budapest, 18. Oktober. Die Polizei hat vor kurzem in Budapest im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer kommunistischen Organisation zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Im weiteren Verlaufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß sich die Organisation auch auf die Provinzen erstreckt. Die Polizei hat in Steinamanger, Großkanizsa und an anderen Orten 20 Personen verhaftet, die mit den Kommunisten in Verbindung standen.

Eröffnung der internationalen Arbeiterversammlung.

Genf, 18. Oktober. (Tsch. P. B.) Die vierte internationale Arbeiterversammlung ist heute eröffnet worden. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der vorjährige Präsident Lord Burnham (England) gewählt. An der Konferenz nehmen die Vertreter von 54 Staaten teil. Jeder Staat hat das Recht, 4 Delegierte zu entsenden, und zwar 2 von der Regierung ernannte, einen Vertreter der Arbeitgeber und einen der Arbeitnehmer, wozu noch die notwendige Anzahl von Fachberatern kommt. Die Tschchoslowakei ist vertreten durch die Regierungsdelegierten Dr. Eugen Stern und Dr. Emil Palkoska, den Arbeitgeberdelegierten Dr. J. A. Hodas und den Arbeiterdelegierten, Abgeordneten Rudolf Zaherle, dessen Vertreter Josef Bils, Sekretär der tschsch. Handelskammer ist. Berater ist u. a. der Gen. Abgeordnete Anton Roscher, (im allgemeinen dominieren unter den Fachreferenten und Beratern die Industriellenvertreter. D. Red.) An der Spitze der Tagesordnung steht die Auswandererfrage, die bei der jetzigen Arbeitslosigkeit in der Mehrzahl der Staaten besondere Bedeutung gewinnt, zweitens eine Reform des Verwaltungsausschusses des Arbeitsbüros. Münzlich sollen anstatt der bisherigen 21 Mitglieder 32, u. zw. 16 Vertreter der Regierungen, 8 Arbeitervertreter und 8 Vertreter der Arbeitgeber in ihm vertreten sein.

Ein Kampf um Wladiwostok.

London, 16. Oktober. Reuter meldet aus Wladiwostok: Die Front der Weißen Truppen ist zusammengebrochen und Nikolai Ussurijsk ausgegeben worden. Die weißen Truppen werden nach der Position abtransportiert. Die Japaner verhalten sich in Wladiwostok.

Neuer Aufbruch in China.

London, 16. Oktober. (Tsch. P. B.) Aus Peking sind Nachrichten über einen ernsthaften Aufbruch gegen die Zentralregierung eingegeben. Die Bewegung ist auf die Tätigkeit Sun-Ya-Tsens zurückzuführen. Letzten Donnerstag haben die Truppen Sun-Ya-Tsens, wie bereits gemeldet, die Stadt Tutschou erobert und eine revolutionäre Regierung eingesetzt.

Lohnherabsetzung in der nordmährischen Metall- und chemischen Industrie.

Mähr.-Ostbau, 18. Oktober. Bei den heutigen Verhandlungen in Wilschowitz wurde ein Übereinkommen geschlossen, wonach die Arbeiterschaft sich einer 30prozentigen Herabsetzung der Löhne in der nordmährischen Metall- und chemischen Industrie vom heutigen Tage an einverstanden erklärt. Die Betriebsausschüsse werden die strikte Einhaltung der vereinbarten Bedingungen überwachen.

Tages-Neuigkeiten.

Saubere Geschäfte eines deutsch-nationalen Staatsvertreters und Handelskammerrats.

In der letzten Sitzung der Karlsbader Stadtvertretung, die sich mit der Abrechnung über die Kurshausadaptierungen beschäftigte, machte Genosse Dr. Simon folgende Mitteilung: Die Kosten für die Renovierung des Kurshauses sind sehr erheblich überschritten worden durch Menschen, welche nach ihrem eigenen Verständnis die Gelegenheit benutzten, sich in geradezu unglaublicher Weise zu bereichern. Unter den Bauausgaben befindet sich nämlich eine Post von 89.000 Kronen für Malerarbeiten. Die Malerarbeiten waren dem Malermeister Lehninger in Fischern übergeben worden, der unter einem bestimmten Druck — ihm war bedauert worden, daß er nur unter dieser Voraussetzung weitere städtische Arbeiten bekomme — das deutsch-nationale Mitglied der Stadtvertretung und der Finanzkommission Ludwig Wiedemann, entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen, als Teilhaber nehmen mußte. An diesen 89.000 Kronen wurden nun nicht weniger als 49.383 Kronen nach Abzug aller Vorauslagen rein verdient. Wiedemann selber schrieb in einem Briefe — der unseren Karlsbader Genossen vorliegt — an Lehninger: „Leider haben Sie sich beeinstulzen lassen, was zur Folge hat, daß sowohl das Bauamt als der Stadtrat in Kenntnis davon ist, daß bei der Kurshausmalerei 49.383 Kronen rein verdient wurden. Das wäre nicht notwendig gewesen.“

Daraus geht hervor, daß diese Liquidation das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Aber es kommt noch besser! Herr Wiedemann schreibt weiter: „Es würde mir leid tun, wenn wir die Sache nicht in voller Einigkeit regeln würden, auch leid

Der Kampf um den Getreidepreis in Deutschland.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Getreidepreise für das erste Drittel der Umlage durch eine Rede des Reichsernährungsministers eingeleitet, der den Forderungen der Agrarier sympathisch gegenübersteht. Der Minister meint, daß auch nach einer Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide immer erst etwa der sechste Teil des Weltmarktpreises bezahlt werde. Das schlechte Wetter habe die Ablieferung des Getreides sehr verzögert, und die Sorge um die Sicherung der Brotversorgung muß zur Annahme der Vorlage führen. Mit Zwangsmitteln kann keine Ablieferung erzielt werden. Es kommt auf den guten Willen der Landwirtschaft zur Produktionssteigerung an, die durch einen angemessenen Preis angestrebt werden muß. Genosse Dr. Herx überlegte in einer sachkundigen, durch reichhaltiges Material gestützten Rede die Politik des Reichsernährungsministers und bemerkte, daß die Steigerung der Produktionskosten erst

bedeutsam, weil die Öffentlichkeit nicht zu erfahren braucht, daß wir bei dieser Arbeit 48.634 Kronen rein verdient haben, was ja beinahe einem Wucher gleichkommt.“

Lehninger hat aber auch vor Zeugen angegeben, daß Herr Wiedemann nachträglich dem Bauamt eine höhere Rechnung vorgelegt hat, die auch teilweise liquidiert worden sei. — Unsere Genossen forderten die Einsetzung eines achtgliedrigen Ausschusses, der diese Skandalöse Korruptionsaffäre aufklären soll. Nach der Rede des Genossen Dr. Simon ließ die deutsch-nationale Fraktion die Erklärung abgeben, daß ihr die Handlungsweise ihres Mitgliedes Wiedemann unbekannt sei und daß sie dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zustimmen, der dann auch angenommen wurde. — Der saubere deutsch-nationale Geschäftspolitiker suchte sich zwar zu rechtfertigen, aber vergebens. Man braucht den Richterspruch des eingeschichteten Ausschusses nicht erst abzuwarten, um sich ein Urteil über diesen feinen deutsch-nationalen Stadtvertreter und Handelskammerrats und seinen Wucher zu bilden.

Das Beispiel. Leben heißt kämpfen und als Proletarier würdig leben heißt doppelt kämpfen.

für den Arbeiter als Glied einer aufwärts- und vorwärtsstürmenden Klasse, die sich die Welt erobern will, genügt es nicht, das eigene Leben durch unablässigen zähen Kampf besser, freier und edler gestalten zu wollen; der Proletarier hat eben neben dem eigenen Leid, neben dem Druck, den ihm die eigenen Fesseln auferlegen, auch noch das Leid und den Druck seiner ganzen Klasse zu tragen und sein Befreiungskampf gilt darum auch der Gemeinschaft noch mehr als dem Ich. Zwei Säulen tragen aus dem Herzen des Proletariats und geben ihm Kraft zum heldenhaften Ringen: der Glaube und die Ueberzeugung. Hoch oben aber, inmitten der beiden Leuchten, die niemals verbunkeln oder gar erlöschen zu lassen unsere vehemente Pflicht ist, kommt, fast noch heller und gewaltiger — das Beispiel; das Beispiel jener Großen unserer Klasse, die am Steuer stehend auch im heftigsten Branden der Wogen, in Sturm und Gefahr, niemals ihr Ziel, unser Ziel aus den Augen verloren und deren Hand vom Steuer nicht sank, ja, es dann gerade noch fester umspannte, wenn riesige Gewalten uns mit Dummheit bedrohten. Das Beispiel dieser Männer gab uns Wunderkraft in den Tagen, da wir, von schwersten Sorgen umdrängt, fast schwach geworden, uns an jene beiden Säulen klammerten. Ihr Beispiel, ihr wundervoller Glaube, ihre stehhafte Ueberzeugung, ihr unerschütterlicher Mut und ihre Verachtung jeder Gefahr hat es vermocht, daß wir — hatten wir dank ihrer Lenkung wieder einmal die schrecklichsten Klippen umschifft — umso stolzer dem offenen Meere zugehleten, auf dem die Freiheit ruht. Es ist ein hohes Glück des Proletariats, daß ihm bei Sturm und Wetter immer auch ein solcher Steuerermann ersieht; daß er uns mit Riesenkräften helfe, daß er an seinem Besten stand, bis ihm, dem Ueberlebenden, der Tod die ewig-jugendliche Kraft raubte, dafür gebührt ihm unser heißer Dank bis zu unserem letzten Atemzuge. Josef Seliger, wir denken Deiner und danken Dir in den Tagen, da sich Dein Heimgang zum zweiten Male jährt, wiederum aus tiefstem Herzen. Dein Beispiel bleibt unsere Leuchte in all den kommenden Stürmen, die Dein Auge nicht mehr sieht.

Prager Theaterkritik. Die „Prager Presse“ hat sich dieser Tage eines ihrer originellsten Stücke geleistet. Sie läßt nämlich zu, daß ihre tschechische Theaterkritikerin über ein von ihm selbst bearbeitetes Stück die Kritik schreibt. Der Mann heißt Tille und das Stück, welches in Betracht kommt, ist das an Raimunds „Alpenkönig und Menschenfeind“ gemahnende heitere Spiel des berühmten tschechischen Dichters Tyl „Das troglodytische Weib“. Am 15. d. M. referierte der Kritiker der „Prager Presse“, Tille, ausführlich über das von Thomas Jaruba bearbeitete Stück. In der Kritik ist erstens aufzufallen, daß von einer Bearbeitung überhaupt keine Rede ist. Zweitens beschränkt sie sich im wesentlichen wie alle übrigen Kritiken dieses Herrn auf eine langweilige Jubelstempelung und drittens ist das allgemeine reich gestreute Lob über Tilla, Regie und Schauspiel allzu sehr betont. Die letzte Beobachtung läßt sich, wenn man den am gleichen Tage im „Pravo Lidu“ erschienenen Bericht über diesen Theaterabend liest. Denn dort erfährt man ausdrücklich, erstens daß Herr Jaruba niemand anderem — als oben-

bei der künftigen Ernte wirksam werden könne. Nach den Durchschnittskosten des Jahres 1921/22 ergebe sich ein Marktpreis, der sich nicht viel von dem bisherigen Umlagepreis unterscheidet. Die Agrarier wollten überhaupt nicht die Erfüllung der Umlage, sondern ihre Beseitigung. Die Getreidepreise seien in der letzten Zeit viel mehr gestiegen, als es der Entwertung der Mark entspricht. Durch die jetzige Wirtschaftspolitik werden die Staatsfinanzen ruiniert, die Löhne, Gehälter und Rentempfangen müssen vermindert in derselben Zeit, in der es der Landwirtschaft glänzend geht. Eine aktive Währungspolitik sei notwendig, um der weiteren Marktentwertung und Teuerung ein Ende zu machen.

Den Rechtsparteien waren die sachkundigen Ausführungen außerordentlich unangenehm, der Redner der Deutschen Volkspartei versuchte, die bürgerliche Koalitionspartei gegen die Sozialdemokraten aufzubringen.

Am Donnerstag werden die Aussprachen über diesen Punkt fortgesetzt werden.

erwähnter Kritiker der „Prager Presse“, Herr Tille, ist, und zweitens, daß die Bearbeitung alles das vernichtet hat, was an ursprünglichem Duft im Stücke Tyl zu verspüren war. In gleichen, beinahe noch schärferem Tone äußern sich am 17. d. M. die „Narodni Listy“. Das Beispiel vom Kritiker, der in einer Zeitung über ein von ihm selbst bearbeitetes Stück Lobeshymnen singen darf, läßt auf die sonstige Moral schließen, die in einer solchen Presse herrscht.

Der Schädel eines Sozialisten in der Anatomie. Auch Schädel haben ihre Schicksale. Eine gar seltsame Geschichte hat die „Leipziger Volkszeitung“ aus der Zeit des Sozialistengesetzes ausgegraben: Richard Schumann, Verfechter, war 1886 in einen Werbefristenverbreitungsprozeß verwickelt und mißhandelt, er wurde aber freigesprochen. Am 27. September 1886 wurde er ausgewiesen. Bei seiner Ausreise gab ihm eine Anzahl Genossen das Geleit, und dabei wurde ein rotes Tuch an einem Stoch gezogen. Plötzlich stürzten vier Polizisten in Zivil über die ruhig ihres Weges dahinziehenden Begleiter Schumanns her und verhafteten sich des roten Tuches zu bemächtigen. Die Folge dieses unerwarteten Lieberholts war eine regelrechte Keilerei und der Ausgang dieser: zwei Polizisten haben die Pflicht ergriffen, während die andern zwei verdiente Prügel einstecken mußten. Schumann wurde daraufhin in Haft genommen und wegen Auftrahrs zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Ingsesamt wurden wegen des von Polizisten verursachten „Auftrahrs“ zehn Jahre Zuchthaus und zwölfjährige Jahre Gefängnis ausgeworfen. Die weiße Ordnungsbefehle triumphierte. Schumann war Sozialist und damit war das Urteil im bürgerlichen Sinne gerechtfertigt. Als sich die Zuchthausstore hinter Schumann schlossen, war er für alle Zeit aus dem Leben und der menschlichen Gemeinschaft ausgestrichen. Nach etwa drei Viertel Jahren erlöste ihn der Tod, nicht aber seinen Leichnam. Als später die Frau Schumann, von dem Tode ihres Mannes benachrichtigt, um Freigabe des Leichnams bat, erhielt sie die Mitteilung, daß dieser bereits der Anatomie übergeben sei. Der Schädel Schumanns aber prangt seitdem in der Leipziger Anatomie.

Ein lazes Bild aus dem kapitalistischen Paradiese hat unlängst ein deutsch-nationaler Abgeordneter von Chemnitz, Millionär und Justizrat Beutler entwickelt. Dieser Kollege unserer Arbeiter- und angestelltenfreundlichen Herren Loggman usw. veröffentlichte im deutsch-nationalen „Chemnitzer Tageblatt“ folgenden Inserat:

Expedient, nicht unter 25 Jahre, im Kosten- und Zwangsversteigerungsweesen selbständig, für größerer Rechnungswesen bis 8000 RM. Monatsgehalt baldigt gesucht. Justizrat Beutler (u. Comp.).

8000 Mark Monatsgehalt für einen juristisch geschulten und mit starker Verantwortung belasteten Angestellten — 8000 Mark nicht etwa in einem Monat sagenhafter Vergangenheit, sondern das Inerat gilt für Oktober 1922 —, das ist der deutsch-nationalen Herzengüte wirklich zu viel. Für 8000 Mark kann der Angestellte des Herrn Beutler gerade ein Paar Stiefel kaufen. Er müßte fünf Monate sparen, um das Geld für einen neuen Anzug in Höhe von 40.000 Mark zusammenzubringen, und wenn er dann fünf Monate von der Lust gelebt hat, kostet mittlerweile der Anzug 100.000 Mark. — So sieht die Beamten- und Angestelltenfreundschaft der Deutsch-nationalen und ihrer Volksvertreter aus — nicht nur in Sachen, sondern überall.

Die Räumung Thrazien durch die Griechen. Wie aus Adrianopel gemeldet wird, sind seit Samstag 20.000 Griechen und Armenier aus der Stadt gegen Westen abgezogen. Auf der Straße zum Marikatat strömten unaufhörlich Flügelnde, bestehend aus Männern, Frauen und Kindern, welche mit ihren Wägen und Vieh die Stadt verließen. Die Alliierten-Mission glaubt infolge des Umfangs dieser Auswanderung, daß die Türken bei ihrem Einzuge in Ostthrazien dortselbst nahezu keine Bevölkerung vorfinden werden. — Die Pariser Blätter melden, daß nach den letzten in Paris eingetroffenen Nachrichten die Situation in Thrazien sehr ernst ist. Die erregte Bevölkerung besetzt die Bahnhöfe. Die griechischen Truppen sind gänzlich desorganisiert und plündern und brandstifteten. Die griechische Beamtenhaft droht, alle Getreidevorräte wegzuführen.

Aus einer kleinen Stadt. Die Republik ist um eine neue Stadt reicher geworden: Schumburg an der Desse. Es wird auch die weite Öffentlichkeit interessieren, die Gründe zu erfahren, weswegen Schumburg a. D., Stadt werden mußte. Die sieben tschechischen Vertreter — sie sind ganz einig, bilden einen „tschsch. blatt“ vom rechten Kommunismus bis zum weitesten Nationaldemokraten — begründeten ihr Gesuch also: Schumburg a. D. hat einen Bahnhof, eine Reichs-, eine Land- und eine Gemeindestraße, einen Bürgersteig von zwei Kilometer längs der Reichsstraße; Schumburg a. D. hat ferner drei Grotten mit — internationalen Verkehr, zwei Polizisten und einen Straßewarter; Schumburg besitzt einen Park und endlich einen Denkmalsockel. Ehedem stand darauf eine Büste des österreichischen Kaisers, sie ist eingeschmolzen worden; nun soll auf diesem Sockel ein Denkmal des Präsidenten errichtet werden. — Diese Begründung ist nicht etwa die Erfindung eines Witzblattredakteurs, sie ist historische Wahrheit. Und wie es nun in dieser neuen Stadt zugeht, dafür nur einige Beispiele. Der „tschsch. blatt“ hat beschlossen, sämtliche Protokolle nur in der Staatsprache zu führen, trotzdem die Deutschen 45 Prozent der Bevölkerungszahl bilden. In zwei tschechischen Schulhäusern werden Telefonleitungen eingebaut, die Mehrheit beschließt in der letzten Sitzung, einen Schuppen zu bauen, und — o Wunder! — zur selben Stunde ist der Schuppen auch beinahe schon fertig. Ein Straßebau ist mit 130.000 Kronen voranschlagt, und als er fertig ist, stellt sich heraus, daß der Bau 230.000 Kronen kostet. Und so fort. Die neue Stadt bildet ohne Zweifel ein Kleinod des immerhin auch noch nicht allzu alten Staates.

Kommunalpolitik. In der letzten Gemeindegemeinschaft in Bilin verlangt der tschechische kommunistische Bürgermeisterstellvertreter Franz Sova, daß zuerst die Personalangelegenheiten verhandelt werden. Bürgermeister Genosse Wilhelm Wagner machte ihn darauf aufmerksam, daß es doch unmöglich sei, zuerst die vertraulichen und dann erst die öffentliche Sitzung abzuhalten. Das Gesetz bestimme, daß über die Personalfragen die Sitzung nicht öffentlich sein kann, da ja sonst die in Betracht kommenden Personen die Möglichkeit der Beeinflussung der Gemeindevorsteher hätten. Andererseits seien aber die anderen Punkte der Tagesordnung durch die öffentliche Verhandlung bedingt. Doch Herr Sova bezeugte dies nur als einen Trick der „Räzki“ und verlangte die Umstellung der Tagesordnung; als die Sitzung dies ablehnte, soumandierte er die tschechischen Vertreter aus dem Sitzungslokal. Dadurch wurde nun, weil auch von der deutschen Vertretung drei Vertreter fehlten, die Sitzung beschlußunfähig. — Wo in aller Welt wird man verlangen, daß eine Gemeindegemeinschaft, die als öffentliche einberufen wurde, gleich nach der Eröffnung als vertraulich erklärt werden soll? Stets und überall werden die vertraulichen Punkte doch am Schlusse einer öffentlichen Sitzung zur Verhandlung gebracht. Der tschechischen Bevölkerung aber wird nun die Sache so dargestellt, als ob der tschechischen Vertretung schweres Unrecht (!) widerfahren wäre. Hauptächlich aus diesem Grunde sei der eigentliche Tatbestand angeführt, damit sich die Öffentlichkeit über die „Kommunalpolitik“ des Herrn Sova das richtige Urteil bilden kann.

Militarismus. In der Pfliner „Pravda“ schreibt Jar. Blazek über die tschechoslowakische Armee und führt folgende Ziffern an: Amerika mit 100 Millionen Einwohnern hat ein Heer von 150.000 Mann — die Tschechoslowakei mit 14 Millionen Einwohnern hat auch 150.000 Mann unter Waffen. In unserem Heere gibt es 10.602 Offiziere, 11.740 Rotmeister und 127.631 Mann, darunter 32.189 Unteroffiziere. Es entfallen demnach auf 12 Mann ein Offizier, auf 10 Mann ein Rotmeister, auf drei Mann ein Unteroffizier — also auf 12 erwachsene Männer unserer Armee entfallen fünf Vorgesetzte. Oesterreich hatte einen Generalmajor, unsere Republik hat deren vier; in Oesterreich entfiel ein Offizier auf 57 aktive Soldaten, in unserer Republik entfiel ein Offizier auf 24 Soldaten. — Und das soll nicht „Militarismus“ sein?

Die größte mitteleuropäische militärische Waffenfabrik nennt die „Tribuna“ die staatliche Waffenfabrik in Brünn, die in nächster Zeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll. Nach der Meldung dieses Blattes soll die Regie so kostspielig sein, daß man dieses Unternehmen in eine Aktiengesellschaft mit einer 60prozentigen Beteiligung des Staates umwandeln muß, um es aktiv zu erhalten. Die Beschäftigung der Fabrik, die Lieferungsbestellungen für die größten Staaten Europas hat, sei eine gute, doch verschlinge der Verwaltungsapparat zu viel Geld. — Es ist immerhin interessant, zu erfahren, daß die „antimilitaristische“ tschechoslowakische Republik die größte Waffenfabrik Mitteleuropas besitzt und daß diese Fabrik für andere Staaten — jedenfalls befreundete — die Waffen liefert.

Schwerer Unfall in der Auffiger „Chemischen“. In der großen chemischen Fabrik in Auffiger legten einige Schloffer im Apparat Chlorat an, bereits gebrauchte Röhren. Dienstag war der 20jährige Schloffer Eduard Müller damit beschäftigt, die letzten zwei Röhre zusammenzulegen, wobei die Flansch abbrach. Müller stürzte in ein Loch herunter, wobei er mit dem Kopfe auf eine Kante aufschlug. Der Schwerverletzte, dem die Schädelkapsel eingeschlagen wurde, starb in der Nacht im Krankenhaus. Wie das Auffiger „Vollrecht“ schreibt, liegt die Schuld an diesem Unfall wohl an der übertriebenen Sparsamkeit der Betriebsleitung, die zu dieser Rohleitung alte schon gebrauchte Röhre verwenden ließ, die durch die ägende Wirkung der Dämpfe immer vollkommen zerfressen waren.

Ein Postambulanzwagen in Flammen. In der Nacht am Sonntag brach auf dem Lberberger Bahnhof in einem für die Flammen bestimmten, vollgepackten Postambulanzwagen, der einem Zug angehängt wurde, Feuer aus: bevor Hilfe gebracht werden konnte, stand der Wagen in hellen Flammen. Es scheint Petroleumlampen von einem Bediensteten vergessen worden zu sein, das umfiel, so daß das Petroleum in Brand geriet. Der Schaden ist bedeutend.

Festnahme eines Schwerverbrechers. Der in der letzten Schwurgerichtsperiode wegen Ausraubung von zwölf Rassen vor Gericht gezogene Rudolf Stumpf aus Raasdorf war lange Zeit unauffindbar, so daß die Verhandlung gegen ihn nicht stattfinden konnte. In der vorgestrigen Nacht gelang es nun der Polizei Stumpf in einem Cafe in den Weinbergen festzunehmen, bevor er von seinen Waffen Gebrauch machen konnte. Der Komplize des Stumpfs wurde bei der Schwurgerichtsverhandlung zu fünf Jahren schweren Kerfers verurteilt.

Brandlegung aus Rache. In Nieder-Gutbrunn bei Gablonz zündete der Knecht Kobak in der Sonntagsnacht die Scheune der Bäuerin K. an. Das Objekt fiel dem Feuer zum Opfer. Kobak, der bei der Zerim nach dem Tode ihres Mannes jahrelang alle Arbeiten verrichtete, hatte mit seiner Vertragsgeberin Differenzen und sollte jetzt gegen eine Abfertigung von 3000 K seinen Dienst verlassen. Da er mit der Geldsumme nicht zufrieden war, zündete er aus Rache die Scheune an.

Selbstmord auf den Schienen. Samstag, den 14. Oktober warf sich der 28 Jahre alte Josef Vili aus S. a. b. vor die Maschine des um halb 11 Uhr nachts stehenden Lastzuges. Dem jungen Manne wurde das linke Bein vom Kumpfe getrennt; außerdem wurden ihm die Eingeweide herausgerissen, jedoch der Tod sofort eintrat. Als Motiv der Tat dürfte Schwermut in Betracht kommen, weil der Bedauernswerte fast ganz erblindet war und deshalb seinen Eltern zur Last fiel.

Selbstmordversuch. Vorgestern nachmittag schoß sich in den Parkanlagen am Forst in Prag der Tischlergehilfe Johann Smolik aus Smolice eine Kugel in die rechte Schläfe. Er wurde von der Rettungsgesellschaft in das Allgemeine Krankenhaus überführt. Die Verwundung ist bedenklich wegen Verwundung mit seinen Eltern.

Kleine Chronik.

Brand eines Militärluftschiffes.

Santiago, 17. Oktober. Das Militärluftschiff „Co“ ist, als es aus der Halle geschafft wurde, in Brand geraten und wurde vollkommen zerstört. Vier Leute wurden verletzt.

Handgranatenerplosion auf einem französischen Übungsplatz.

Chalons a. Marne, 17. Oktober. Auf dem Schießübungsplatz wurden durch die Explosion von Handgranaten zwei Personen getötet, zwei Offiziere und zwölf Soldaten mehr oder weniger leicht verletzt.

Die Hochzeit des Kaisers Wilhelm findet einen Meidung aus Doorn zufolge am Sonntag, den 5. November im „Hause Doorn“ statt.

Gerichtssaal.

Die Ehe ist kein Geschäft!

(Prager Strafgericht.)

Jaroslava J., Eisenbahnangestellte, und Rosa A. waren ein glückliches Liebespaar. Einmal vernahm Jaroslava von den Eltern seiner Rosa, daß das Mädchen zu ihren sonstigen Vorgesetzten noch eine Mitgift von 25.000 K in die Ehe mitbekommt. Jaroslava rechnete sich aus, daß er sich mit diesem Gelde ein Geschäftchen — war er doch eigentlich Gewerbetreibender — werde einrichten können. Doch bald darauf gestand das Mädchen dem Jaroslava, daß sie leider nicht 25.000 K, sondern bloß 7000 K Mitgift bekomme. Da wurde Jaroslava zuerst ganz bleich vor Schreck, dann zog er sich wortlos seinen Rock an und ging weg auf Nummerwidersprechen. Das Mädchen ging zum Richter. Jaroslava J. wurde wegen Verführung unter Falschung der Ehe vom Gerichtshof erster Instanz zu zehn Tagen Arrest verurteilt. Er legte Berufung ein. Gestern fand vor einem Berufungsgericht unter Vorsitz des O. A. Soudel die Berufungsverhandlung statt. Der Rechtsvertreter des Mädchens erklärte, daß die Ehe alles, nur kein Geschäft sei! Und sie dürfe es auch nie werden. Der Verteidiger des Angeklagten suchte dem Richter klar zu machen, daß das Mädchen keinen Schaden erlitten habe und daß es mit seiner Mitgift leicht einen anderen finden könne. Der Berufungsgericht war trotz jedoch die richtige Ansicht, daß die Ehe kein bloßes Geschäft sein dürfe und bestätigte das Urteil der ersten Instanz.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Amsterdamer Gewerkschaftsbund über die Aktion der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei. In den Vorberichten des Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wird die Aktion der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, die sich auf die Milderung der Wirtschaftskrise für die Arbeiterschaft beziehen, besprochen, die einzelnen Forderungen aufzählt und zum Schlusse sagt: „Es kann nicht geleugnet werden, daß diese von den Gewerkschaftsorganisationen der Tschechoslowakei geforderten Maßnahmen im Falle ihrer Durchführung tatsächlich einen tiefen Eingriff in das

ationale Wirtschaftsleben bedeuten würden. Diese Ueberlegung wird die Regierung zweifellos in ihrem bisher beobachteten Widerstand gegenüber den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung noch bestärken. Dies, im Verein mit der zunehmenden Verarmung der Arbeiter, zwingt die Gewerkschaften, sich mit aller Kraft hinter ihre Forderungen zu stellen, die durch den Drang der Umstände einen stark prinzipiellen Charakter tragen. Eine besondere Bedeutung darf in diesem Zusammenhang der erfreulichen Tatsache beigegeben werden, daß diese Forderungen eine gemeinschaftliche Aktionsbasis für die deutsche und die tschechische Gewerkschaftsbewegung geschaffen haben.“

Vertragskündigung für Glasangestellte in Daiba. In Daiba gibt es gegenwärtig nicht weniger als 250 Angestellte, meistens der Glasbranche, die gekündigt sind. 40 Prozent der Angestellten Daibas stehen somit im gelösten Dienstverhältnis. Nunmehr ging den Angestelltenorganisationen — wie unser Bruderblatt der „Nordböhmische Volksbote“ berichtet — auch die Kündigung des Kollektivvertrages zu.

Streik und Arbeiterentlassungen im Teplitzer Gebiet. Am Samstag traten, wie die Teplitzer „Freiheit“ berichtet, die Arbeiter der Teplitzer Maschinenfabrik Reitter in den Streik, um eine große Lohnherabsetzung abzuwehren. — In den Kalkbetrieben Seitens, Hundorf, Voosch und Wschelab sind die Arbeiter am 14. Oktober gekündigt worden, weil sie sich mit dem 30-prozentigen Lohnabbau nicht einverstanden erklärten.

Die Zentrale der tschechoslowakischen Handels- und Gewerbelammern teilt mit: Eine Abordnung der Zentrale der tschechoslowakischen Handels- und Gewerbelammern, bestehend aus Vertretern der Kammeren Brünn, Prag, Eger, Pilsen, Reichenberg und der Zentrale Königgrätz, erschien gestern beim Handelsminister Kovač, um ihm die Denkschrift der Zentrale über die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation und die Vorschläge zu deren Milderung zu überreichen. Der Minister nahm in längeren Ausführungen zu einigen der angeführten Forderungen Stellung, worauf namentlich die Wirkung der Kohlenabgabe auf die Preisentwicklung eingehender erörtert wurde.

Der Banknotenumsatz in der Tschechoslowakei beträgt nach dem letzten Ausweis des Bankamtes vom 15. Oktober 1922 9.835.981 K. Er hat gegenüber der Vorwoche um 189.008 Kronen abgenommen.

Eine Enquete über Hotelpreise. Die uns die Union der Geschäftsreisenden und Vertreter in Prag mitteilt, fand am 17. Oktober 1922 in Prag eine Enquete statt, an welcher Vertreter der Organisation, Delegierte des Prager Hotelverbandes, ein Vertreter des Hotelinstruktors und Abgeordneter Petrovický teilnahmen. Den Vorsitz führte Herr Teisauer aus Prag. Eine feste Bestimmung der Zimmerpreise konnte nicht erzielt werden, dagegen wurde beschlossen, daß der Hotelverband von allen seinen Mitgliedern neu kalkulierte Preise der Hotelzimmer einhole, auf welche dann den Geschäftsreisenden gewisse prozentuelle Ermäßigungen eingeräumt werden. Ebenso wird der Hotelverband seinen Mitgliedern dringend empfehlen die Speisensätze mit Rücksicht auf die billiger gewordenen Lebensmittel einer neuen genauen Nachkalkulation zu unterziehen.

Die heutige Ernte. Die soeben erschienene Nummer 51 der Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes bringt die vorläufigen Ergebnisse der Erhebung der Anbauflächen und der Ernteträge der wichtigsten Feldfrüchte in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1922. Diesen Daten zufolge nimmt die Anbaufläche mit Getreidearten im ganzen Staate 3.183.748 Hektar ein, wovon 618.946 Hektar auf Weizen, 881.414 Hektar auf Roggen, 675.734 Hektar auf Gerste, 817.862 Hektar auf Hafer, 936.648 Hektar auf Getreidefrüchte (darunter 650.295 Hektar auf Kartoffeln, 210.246 Hektar auf Zuckerrübe), 191.333 Hektar auf Hülsenfrüchte und Mengfrucht; zur Zermengung entfallen. Den vorläufigen Ergebnissen der Erhebung nach wurde geerntet im ganzen 8.293.078 q an Weizen (durchschnittlich 13.40 q per 1 Hektar), 11.633.401 q an Roggen (13.20 q per 1 Hektar), 9.175.926 q an Gerste (13.58 q per 1 Hektar), 51.029 q an Hafer (6.5 q per 1 Hektar), 79.054.996 q an Kartoffeln (121.6 q per 1 Hektar), 46.672.886 q an Zuckerrüben (222 q per 1 Hektar).

Kuhbare Haustiere. Das Statistische Staatsamt veröffentlicht in der soeben erschienenen Nummer 51 der „Mitteilungen“ die Ergebnisse der vom Veterinärministerium durchgeführten Zählung der kuhbaren Haustiere zum 31. Dezember 1920. Es wurden gezählt: 592.269 Stück Pferde, 4.390.925 Stück Rinder, 983.611 Stück Schafe, 1.226.704 Stück Ziegen und 2.058.620 Schweine.

Tätigkeitsförderung der Sozialisierung durch die Gewerkschaften. Bekanntlich hat der Verbandstag der Arbeiter in Leipzig beschloffen, daß fünf Prozent der bei der Verbandsklasse eingehenden Verbandsbeiträge zur Förderung der Sozialisierung verwendet werden sollen. Außerdem hat der Verbandstag den Orts- und Bezirksvereinen empfohlen, auch örtlich und bezirklich noch besondere Sozialisierungsbeiträge einzuhellen. Der Bezirk Karlsruhe des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist diesem Beschlusse dadurch nachgekommen, daß ein außerordentlicher Bezirksstag am 10. September auf Antrag des Bezirksausschusses einstimmig beschloffen hat, „im Monat September von den volljährigen Mitgliedern einen Beitrag von 70 Mark und von den jugendlichen einen solchen von 40 Mark einzufordern.“

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1800	Schw. Krant	18 00
Berlin	94.93	Mar.	94.93
Wien	2400	Österr. Kr.	2400

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1190.50	1194.50
100 Mar.	0.98.50	118.50
100 schwed. Krant	681.50	568.50
10 Lire	128.25	129.75
100 franz. Franks	228.25	229.75
1 Pfund Sterling	135.75	137.25
1 Dollar	80.35.00	80.75.00
100 belg. Franks	212.00	214.00
100 Dinar	57.75	58.25
100 österr. Kronen	0.03.70	0.04.70
100 poln. Mark	0.24.25	0.24.25
100 ungar. Kronen	1.27.50	1.37.50

Züricher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	1800	Paris	4070.00
Wien	000.74	Mailand	22.85.00
Prag	18.00	Subweil	0.21.50
Dolland	211.75	Stam	242.00
New York	5.49.00	Warschau	0.05.50
London	24.20	Wien gest.	0.00.78

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Prag. Die Bezirkskonferenz findet am 21. Oktober 1922 um halb 8 Uhr abends im „Goldenen Kreuz“, Reklazanka, statt. Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen und „Die zukünftigen Aufgaben der Organisation“, Referent: Genosse Dr. Strauß. — Der Bezirksauschuss versammelt sich pünktlich um 7 Uhr.

Localorganisation Weinberg-Ande-Brskowitz. Donnerstag, den 19. Oktober 1922 Monatsversammlung in der Komopistzer Bierhalle. Beginn 8 Uhr abends.

Jugendbegegnung.

Kreisbesprechung in Braunau. Sonntag, den 22. Oktober 1922 findet um 2 Uhr nachmittags im Garten des Herrn Gröblich in Braunau die dritte Jugend-Kreisbesprechung statt. Tagesordnung: Berichte, Referat des Verbandsobmannes Genossen Ernst Paul aus Teplitz, Schriftenabteilung, Vereinsangelegenheiten und Allgemeines.

Kunst und Wissen.

Zwei bedeutende deutscher Dichter, der gewaltige Dramatiker Gerhart Hauptmann und der Erzähler und Dramatiker Herbert Eulenberg, werden in den nächsten Tagen in Prag aus eigenen Werken vortragen, und zwar Hauptmann Freitag abends und Eulenberg Sonntag um halb 4 Uhr, beide

in der Produktionsbörse. Der Arbeiterschaft wird der Besuch beider Vorstellungen eindringlich empfohlen.

Neues Theater. Heute, den 19.: „Gabriel Schilling's Flucht“ (in Anwesenheit des Autors Gerhard Hauptmann); Freitag, den 20.: „Wauwau“; Samstag, den 21.: nachmittag „Stabile und Liebe“, abend „Flebermann“; Sonntag, den 22.: nachm. „Der lebende Leichnam“ abend „Offenbach“.

Kleine Bühne. Samstag, den 21.: „Wauwau“; Sonntag, den 22.: nachmittag „Watermord“; abend „Wauwau“.

Urania-Film. Dienstag wurde im „Urania“-Bio vom Prager Volksbildungsverein „Urania“ zum erstenmal eine Kinovorstellung mit deutschem Text veranstaltet, die sehr gut besucht war und sich großen Beifalls erfreute. Vorgeführt wurde neben dem interessanten Kulturfilm „Tabelle der Erinnerung auf Kuba“ das historische Drama „Danton“. Der Film, dem offenbar die Tragödie von Georg Büchner „Dantons Tod“ zugrunde liegt, behandelt den Kampf zwischen den beiden Führern der französischen Revolution, Danton und Robespierre, der mit der Hinrichtung Dantons endet. Der Film bringt dem Stoffe gemäß Massenszenen voll Lebendigkeit und agitatorischen Schwung. Insbesondere ist das Anwachsen der Volksmenge, die auf die Nachricht von der Verhaftung des Volksliebblings Danton zum Tribunal strömt — sie zählt nach Tausenden — ein Meisterstück der Filmregie. Die Charakterköpfe der beiden Gegner sind wirksam herausgearbeitet, ebenso werden noch andere markante Persönlichkeiten der französischen Revolution, wie General Westermann, St. Just und Camille Desmoulins, herausgehoben.

Türnen und Sport.

Wettspiele in Prag: Samstag: Meisterschaft: Sparta gegen Meteor VIII, CAFC. gegen Tschic Karlin. — Sonntag: Meisterschaft: Sparta Kadets gegen Sparta Roske. — Lokal: Samstag: AC Sparta gegen SA. Liben, Sonntag: Slavia gegen Victoria Zizkow.

Schwimmen. Weismüllers letzte Rekord: 150 Yards: 1:27.6; 200 Yards: 2:02.4; 250 Yards: 2:17.1; 300 Yards: 3:18.3; 300 Meter: 3:35.6; 400 Yards: 4:40; 400 Meter: 5:07.8; 500 Meter: 6:24.2.

Mitteilungen aus dem Publikum.

WASTANEK-TEE-PRAG

Verleger: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holla.



Arbeiter-Taschentalender

In das Haus des Arbeiters gehören keine bürgerlichen Familien-Kalender, sondern jeder Arbeiter und jede Arbeiterin laufe sich einen

Arbeiter-Jahrbuch 1923

Preis: Taschentalender . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . 7 Kronen

Zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönan, Seilerstraße 1. 1054

Eine wichtige Frage!

Hast Du in diesem Monat schon einen neuen Abnehmer für das Zentralorgan „Sozialdemokrat“ gewonnen?

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Druckmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 127.983